Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Angehörigen Info

C 10190 D 14.1.1993 Preis: 1,20 DM **110**

Brief aus einem deutschen Gefängnis von Klaus Croissant

Du fragst
Wie ich in dieses Gefängnis geriet?
Es war ganz leicht.
Ich tat bloß einen
richtigen Schritt
nach dem anderen.

Der Zusammenbruch des realsozialistischen Staatensystems und der damit einhergehende Anschluß der DDR an die BRD haben einer neuen deutschen Großmachtpolitik offen zum Durchbruch verholfen. Sie hat in ihrer ideologischen Stoßrichtung den Boden für die zunehmende Akzeptanz eines überheblichen Nationalgefühls bereitet. Das Motto heißt „Wir sind stolz darauf, Deutsche zu sein", seine Melodie „Deutschland über alles". Die rhythmisch skandierte Devise „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!" und die rassistischen Pogrome in diesem Land sind nur der äußerste rechte, neonazistische Ausdruck der wiedererwachten deutschen Hybris. Die Brandfackel im niedersächsischen Mölln, der drei türkische Familienangehörige zum Opfer fielen, hat ein deutscher Bundeskanzler mit seiner Brandrede vom Staats- und Asylnotstand geschleudert.



Klaus Croissant

Die Botschaft der neuen Bundesrepublik Deutschland, der hinter ihr stehenden Finanz- und Industriegewaltigen und der Nachfolger der Hersteller von Zyclon B[1] lautet heute unverhüllt: Sozialismus ist schlimmer als Faschismus, die frühere DDR verabscheuungswürdiger als der Nazi-Staat, die Stasi verbrecherischer als die Gestapo. Das einzige, was zählt, ist das Geschäft.

Tabula rasa durch Spurenvernichtung steht auf dem Programm. Ausgelöscht aus dem Gedächtnis der Menschen soll alles werden, was daran erinnern könnte, daß es — allen Schwierigkeiten und Fehlern zum Trotz — vierzig Jahre lang ein anderes Deutschland gab, das den Versuch unternommen hat, ein sozialistisches Gesellschaftsmodell zu verwirklichen. Nichts, was in der ehemaligen DDR an das sozialistische Staatsziel ihrer Verfassung erinnern könnte, darf vor der siegreichen BRD bestehen bleiben. Keine Gedenkstätten und Denkmäler, keine Namen von Straßen und Plätzen, die an die Geschichte der Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandes erinnern, sind vor dem Versuch sicher, Geschichte nicht nur zu verfälschen, sondern einfach auszulöschen. Die Namen von Bersarin[2] und Babeuf, von Ho-Chi-Minh und der Pariser Commune sind aus dem Straßenbild Berlins verschwunden, Lenin vom Sokkel gestürzt. Ehrenbürger Berlins sind in einem gemeinsamen Festakt Kohl, Reagan und Gorbatschow geworden.

Was die alte BRD nie geleistet hat und nie leisten wollte, mit der nazistischen Hinterlassenschaft im Staat und seinen Institutionen wenigstens personell zu brechen und die Henker — einschließlich derer in Robe — zur Rechenschaft zu ziehen, soll in der neuen Bundesrepublik durch neue Berufsverbote und Strafprozesse exemplarisch an jenen Menschen nachgeholt werden, die nach 1945 das Wagnis auf sich genommen haben, ein anderes — sozialistisches — Deutschland aufzubauen. Damit sich niemals wieder jemand traue.

Sozial ausgegrenzt und zu outcasts erklärt werden heute in erster Linie Zehntausende ehemaliger „Stasi"-Bediensteter, die im staatlichen Sicherheitsapparat der DDR die Aufgabe hatten, den schwächeren deutschen Staat gegen die systematischen Destabilisierungsversuche seines soviel stärkeren Bruders zu schützen. Von der Entstehung beider deutscher Staaten an war es das erklärte Ziel der BRD und ihres aggressiven Alleinvertretungsanspruchs, der DDR das Lebenslicht auszublasen. Der unverhältnismäßig erscheinende Umfang der Staatssicherheit der DDR war Ausdruck ihrer begründeten Besorgnis, einem westlichen Gegner gegenüberzustehen, der im Vergleich zu ihr übermächtig erschien.

Während in der BRD selbst Angeklagten, die der unmenschlichsten KZ-Verbrechen beschuldigt wurden, schon seit vielen Jahren wegen ihres hohen Alters Strafprozesse und Verurteilungen einschließlich Untersuchungshaft auf Grund von „biologisch bedingter Verhandlungsunfähigkeit" erspart bleiben, hat die Großmacht Deutschland keine Mühen gescheut, um den todkranken Repräsentanten der DDR als Gefangenen in einem Strafprozeß vorzuführen, der ein einziger Verstoß gegen die international anerkannten Normen des Völkerrechts und der Menschenrechte ist. Der 83jährige ehemalige DDR-Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, der im spanischen Bürgerkrieg gegen Francos Faschisten kämpfte, wurde mit Hilfe einer Nazi-Anklage wegen eines dubiosen Polizistenmordes aus dem Jahre 1931 vor ein Berliner Gericht gezerrt.[3] Im Zeichen derselben Siegerjustiz werden Tausende von Strafprozessen gegen ehemalige Bedienstete der Staatssicherheit der DDR wegen angeblichen Landesverrats und anderer Staatsschutzdelikte geführt, obwohl die DDR allgemein diplomatisch anerkannt

Aus dem Inhalt

und Mitglied der Vereinten Nationen sowie zahlreicher internationaler Organisationen war.

In diese politische Generalabrechnung reiht sich meine eigene Verhaftung ein. Ich wurde am 14. September 1992 nachmittags aus meinem Anwaltsbüro heraus wegen des Verdachtes „geheimdienstlicher Agententätigkeit für eine fremde Macht" verhaftet. Mit fremder Macht war die untergegangene DDR gemeint. Zwei Kriminalhauptkommissare der Abteilung TE (Terrorismus) des Bundeskriminalamtes legten mir einen Haftbefehl vor, den der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes auf Antrag des Generalbundesanwaltes erlassen hatte. Noch am gleichen Abend wurde ich in das Karlsruher Gefängnis verbracht und am nächsten Morgen dem Ermittlungsrichter vorgeführt. Dieser hielt seinen Haftbefehl wegen angeblicher Fluchtgefahr aufrecht.

Diese Verhaftung war von langer Hand vorbereitet und innerhalb des Machtzentrums der höchsten deutschen Strafverfolgungsbehörde beschlossen worden. Im Gegensatz zu anderen Personen, die mit ähnlichen Verfahren konfrontiert sind, erhielt ich keine Gelegenheit, mich als freier Mensch zu dem Vorwurf zu äußern, ich hätte meine Gesprächspartner von der Staatssicherheit der DDR über das linke und grün-alternative Spektrum der BRD informiert.

Meine Inhaftierung soll neben anderen Zwecken auch meine freie und öffentliche Verteidigung gegen den Vorwurf verhindern, ich hätte Verrat an der Linken geübt. Wer mich kennt, der weiß, wie sehr mich gerade dieser Vorwurf treffen muß. Ich habe stets mit offenem Visier gekämpft. Jeder wußte, daß ich die DDR immer offen gegen alle Angriffe verteidigte, die darauf ausgingen, ihren Fortbestand in Frage zu stellen. Kein Linker ist je von mir ausspioniert, bespitzelt oder verraten worden.

Die DDR war für Westlinke und auch für mich sicher nicht das Land, das ihre sozialistischen Träume erfüllt hätte. Für viele und auch für mich war sie aber ein Land, das im Bündnis mit der Sowjetunion und anderen realsozialistischen Staaten der Weltmacht USA und ihrem mörderischen Kapitalismus — mit allen seinen verheerenden ökonomischen und ökologischen Auswirkungen auf die Länder der sogenannten „Dritten Welt" — Grenzen setzte.

Diese Grenzen gibt es nicht mehr, und das bekommen wir alle deutlich zu spüren. Wie makaber ist es, daß nun ausgerechnet diejenigen Länder und Völker, die durch die reichsten Industrienationen an den Rand ihrer Existenz gebracht wurden, von den Verursachern ihres Elends als „Heilsbringer" militärisch besetzt werden. Die Retter aus der Not wirtschaftlicher Katastrophen sind dieselben, die diese Not erst herbeigeführt haben.

Das wiedervereinigte Deutschland drängt darauf, an „friedensstiftenden Kampfeinsätzen" im Rahmen der Vereinten Nationen und der NATO teilzunehmen. Sind die europäischen Nachbarvölker, die den furor teutonicus in zwei Weltkriegen zu spüren bekommen haben, inzwischen blind für die Gefahren geworden, die von den neuen militärischen Machtansprüchen Deutschlands ausgehen?

Den Meinungs- und Informationsaustausch mit der DDR über allgemeine und besondere weltpolitische Fragen sowie über Strategien und Taktik der Linken habe ich für notwendig gehalten. Ich hätte es als Selbsttäuschung angesehen, auf offiziellen Gesprächen mit der SED zu bestehen, da die Staatssicherheit bei solchen Gesprächen stets mit am Tisch gesessen wäre. Das gilt zum Beispiel erst recht für die Gespräche, die im Sommer 1987 zwischen SED und SPD geführt wurden und in eine gemeinsame Entschließung beider Parteien vom August 1987 einmündeten[4]. Niemand käme auf die Idee, die Delegationsmitglieder der SPD deshalb wegen „Mitteilung von Erkenntnissen" gegenüber der Staatssicherheit der DDR strafrechtlich zu verfolgen.

In den zahlreichen Verfahren wegen „geheimdienstlicher Agententätigkeit" für die Ex-DDR werden heute von den Staatsschutzgerichten der BRD in aller Regel Bewährungsstrafen verhängt. Der eigentliche Strafzweck, künftige Täter abzuschrecken, ist durch den Untergang der DDR entfallen. Nahezu alle Beschuldigte in diesen Verfahren, bei denen es nicht um den Verrat von Staatsgeheimnissen geht, befinden sich zu Recht auf freiem Fuß.

Für viele Beobachter meines Verfahrens erscheinen meine Inhaftierung und ihre Fortdauer völlig unverständlich. Weshalb, so fragen viele, spielt sich ausgerechnet die höchst Strafverfolgungsbehörde der BRD, die seit ihrem Bestehen die Linke bis hinein in die Gefängnisse verfolgt hat und weiterhin verfolgt, in meinem Verfahren als Schutzpatron der Linken auf? Die Antwort erscheint eindeutig: die BRD kann die Kontinuität von Widerstand nicht ertragen. Sie kann und will es nicht hinnehmen, daß ich zuerst die „Staatsfeinde Nr. 1" aus der RAF und anschließend die DDR gegen die BRD verteidigt habe, und dies bis zuletzt durch meine aktive Teilnahme an öffentlichen Demonstrationen und Initiativen gegen die Wiedervereinigung.

Obszön finde ich das Bündnis, das ein Teil der Alt-68er-Linken und einer sich einst als links gebenden Schicki-Micki-Szene mit der Bundesanwaltschaft eingegangen ist. Die infame Behauptung, ich hätte Linke verraten, erleichtert es der Bundesanwaltschaft, mich weiter in Haft zu halten.

Hinter meinem Verfahren steht die übergeordnete staatliche Strategie, den Gedanken an die Geschichte des Widerstandes in der BRD und ihrem Vorgängerstaat „Drittes Reich" auszulöschen. Personen, die für die Kontinuität von Widerstand stehen, sollen im Zuge des Scherbengerichtes der BRD über die besiegte DDR — jener erbärmlichen Schmierenkomödie politischer Schauprozesse — existentiell und moralisch fertiggemacht werden.

Der Generalbundesanwalt hat bereits erklärt, er werde in Kürze Anklage zum Staatsschutzsenat des Kammergerichts Berlin erheben. Ich hoffe sehr, daß ich mich in diesem Verfahren als freier Mensch verteidigen kann. Oder will die Bundesanwaltschaft meine freie Verteidigung weiterhin dadurch verhindern, daß sie versucht, mich auch weiterhin in Untersuchungshaft zu halten?

Berlin, Gefängnis von Moabit

Klaus Croissant

1 Gift, das von den Nazis zum Massenmord an KZ-Häftlingen eingesetzt wurde.

2 Erster sowjetischer Stadtkommandant von Berlin nach dessen Befreiung 1945.

3 Mord unterliegt nach deutschem Recht keiner Verjährung.

4 In der gemeinsamen Entschließung wurden in sozialen Fragen teils übereinstimmende Positionen formuliert, in anderen Fragen wurde Dissens festgestellt.

Diesen nichtdatierten Brief haben wir Anfang Januar zugeschickt bekommen. Klaus Croissant ist inzwischen die Anklage zugestellt worden. Dadurch ändert sich auch seine Postadresse: Klaus Croissant, über Kammergericht, Witzlebenstr. 4-5, 1000 Berlin 19. *(d. Red.)*

Angehörige Kinder malen für politische Gefangene

Auf 16 farbigen Postkarten haben sich sieben angehörige Kinder verschiedenen Alters ihre Knasterfahrungen von der Seele gemalt oder einfach den Gefangenen eine Freude machen wollen.

Bunte Kartenserie — 16 Stück 18 DM plus 2 DM Porto. Bei Sammelbestellung über 3 Serien und mehr — Porto 4 DM. Bitte Vorauskasse bar oder Scheck an: Angehörige der politischen Gefangenen, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/Main 80.

Fragen ans linke Selbstverständnis

Die Alternative leben ...
... und erlebbar machen

Dies sind einige Gedanken im Anschluß an die Demonstration für die Freilassung der politischen Gefangenen am 20.6.92 in Bonn. So unaktuell diese Demo inzwischen sein mag, so aktuell scheinen mir einige Punkte, die mir dort nochmals aufgefallen sind, die ich zum großen Teil nur benennen kann, ohne eine Lösung dafür aufzeigen zu können. Da es Punkte sind, die bei jeder politischen Initiative auftreten (können), denke ich, daß es sinnvoll ist, sie einmal zu Papier zu bringen. Mag sein, daß die angeschnittenen Probleme gar nicht so neu sind, mag sein, daß dazu schon eine ganze Menge Papier beschrieben worden ist — Tatsache ist, daß die Probleme nach wie vor existieren und dringend einer Lösung bedürfen, will (revolutionäre) Politik hier im Herzen der Bestie noch irgendetwas bewegen. Sofern ich Kritik übe an Ablauf und Art dieser Demonstration, dann nicht, um den VeranstalterInnen irgendetwas reinzuwürgen. Ich denke, die Demo war in Art und Ablauf genau das, was die (nicht nur revolutionäre) Linke im Augenblick in der Lage ist ... zu demonstrieren. Insofern hatte ich auch keine wesentlich anders gearteten Erwartungen. Sie war richtig und notwendig; aber — so geht es eben nicht (mehr!).

Wenn wir die politischen Gefangenen herauskämpfen wollen — und nur so geht es, sie freizubekommen; jedes staatliche Handeln läuft nur über unseren Druck, und es ist dann ihr Problem, den passenden normativen Rahmen dafür zu finden —, dann brauchen wir

— Entschlossenheit und

— die Fähigkeit, uns so auszudrücken, daß wir so etwas wie Druck durch die Verbreitung unseres Anliegens ausüben können.

Die Demonstration hat weder Entschlossenheit ausgedrückt noch Außenwirkung gehabt. Sie war deshalb nicht falsch, aber im Ergebnis vorauszusehen. Sie kann *ein* Schritt zur Befreiung aller politischen Gefangenen gewesen sein — genauso wie es letztlich auch jede noch so im Wasser ertrunkene Kundgebung für die Freilassung von Günter Sonnenberg vor dem Justizministerium in Stuttgart gewesen ist. Aber sie kann nur dann dieser Schritt gewesen sein, wenn sie Teil eines Lernprozesses wird, der zu neuen Formen politischer Auseinandersetzung führt. Es interessiert keine und niemanden, wenn wir durch leere Straßen ziehen oder Grußadressen im eingezäunten und damit quasi isolierten Raum verlesen.

Die Entschlossenheit einer Demonstration drückt sich nicht (nur) durch die Lautstärke der Parolen aus oder durch Seile und Transparente an der Seite, die ja wohl — wie gewisse schwarze Klamotten — eher die eigene Abgrenzung nach außen ausdrücken als den Willen und die Fähigkeit, ein eigenes Projekt entschlossen ... zu demonstrieren. Ist es Entschlossenheit, im Regen zusammenzutröpfeln, durch leere Straßen zu bummeln, bei der Zwischenkundgebung locker-flockig-durcheinander herumzuwuseln, um beim richtigen Stichwort ein „MUSS WEG!" zu rufen, sich zum Schluß vielerlei Beiträge konsumartig anzuhören, um dann wieder (bis zum nächsten Mal) zu gehen? Gibt es denn nichts Entschlosseneres als dieses — Ritual? Damit will ich keiner und niemandem absprechen, Entschlossenheit ausgedrückt haben zu *wollen*.

Und klar — es gab die üblichen Auflagen. Natürlich ist der Staatsapparat grundsätzlich daran interessiert, daß wir unser Anliegen so wenigen Menschen wie möglich vermitteln können. Daher die Route durch abgelegene Straßen, daher die Gitter bei der Abschlußkundgebung. Aber es stellt sich die Frage, was denn wir dafür tun, um unserem Anliegen Ausdruck zu verleihen. Oder — vielleicht müßte ich eher fragen: Tun wir nicht vielmehr in unserer Praxis eher etwas dagegen? Was wir demonstriert haben, das war doch eher so etwas wie eine „interne" Veranstaltung. Es waren Transparente, die für uns etwas ausgedrückt haben, aber für wen sonst noch? Es waren Parolen, die aus einer bestimmten Tradition heraus kommen, die darin auch ihren Sinn finden — aber wem vermitteln wir damit etwas? An wen richtet sich denn das, was wir demonstrieren wollen? Wenn ich den Ablauf der Demo summarisch zusammenfasse, dann kann ich nur feststellen, daß sie im wesentlichen nicht „nach außen" gerichtet war. Ein Bonner „Normalbürger", eine Bonner „Normalbürgerin" — was hätten sie damit anfangen können? Vorausgesetzt, sie hätten damit etwas anfangen wollen. Denn für wen sind denn die vielen Beiträge? An wen richten sie sich? Wer, außer uns, kann denn damit etwas anfangen? Ist es nicht notwendig, Formen zu finden, in denen wir die realen (Metropolen-)Menschen einbinden können (ohne sie dabei zu instrumentalisieren)? Können diese Worte denn das erlebbar, spürbar, fühlbar machen, was anders ist als der Alltag all dieser Menschen?

Oder so gefragt: In welchem Milieu bewegen wir uns ... grundsätzlich. Wo sind — bei allem Anspruch — die realen Umsetzungen davon, uns „im Volk" zu bewegen? Wie bemühen wir uns, uns, unser Anliegen, unsere Vorstellungen, Ziele, Träume ... zu vermitteln? Oder anders gefragt — versuchen wir nicht etwas zu vermitteln, was wir nicht haben oder gar nicht sind — die wirklich gelebte Alternative zum Leben im System? Und muß dieser Widerspruch nicht sofort aufstoßen?

Wofür stehen wir, wofür kämpfen wir, wer sind „wir"?

Wo leben wir die Alternative zum System?

Wo gibt es Anfänge, Aufbrüche — wo sind deren Grenzen? Wo festgefahrene Positionen, Hierarchien, Druck, Streß, informelle Gewalt — bei uns? Wo und wie drücken wir den *Willen und* die *Fähigkeit* aus, *daß* es *anders* geht?

Fragen aus einer anderen Welt? Nein — Fragen aus dem real existierenden Widerstand, den realen Scenes, aus der Welt der Ansprüche, der Thesenpapiere, der Parolen. Fragen an die Ernsthaftigkeit eines/r jeden, die eigenen Vorstellungen, Wünsche, Träume ... wirklich umzusetzen — oder es zumindest so gut es geht zu versuchen.

Das wissen wir doch: Wer 24 Stunden am Tag angelogen, betrogen, ausgenutzt wird (und es bis zu einem gewissen Grad auch selbst tut!), glaubt keiner und niemandem mehr, allenfalls den eigenen Illusionen. Unsere schönen Sprüche und Parolen, unsere klugen Analysen und Vorstellungen — wen interessieren sie? Wo und wie bringen wir zum Ausdruck, daß es zu all dem Druck und Müll, zu all der Gewalt und Ohnmacht eine reale Alternative gibt, und zwar nicht erst in irgendeinem Himmelreich, sondern *jetzt, hier und heute*. Und daß *wir* diese Alternative sind bzw. leben. Wo leben wir sie? Ich denke, daß die Zeiten vorbei sind, in denen wir durch unser Auftreten in Wort und Schrift aufklärerisch über die Verhältnisse wirken könnten. Es mag alles richtig sein, was wir sagen, aber warum sollen die Menschen unsere klugen Analysen an sich heranlassen, wenn wir nicht in der Lage sind, die Wahrheit mit Inhalt und Leben zu erfüllen. (Es könnte *auch* eine Frage der Medien sein, die wir benutzen und wie wir sie benutzen.)

Denn es kommt eine weitere Schwierigkeit hinzu: wir leben schließlich in der Metropole Nr. 1 — und das prägt die Menschen hier in einem Maße, daß ich mich langsam frage, inwieweit es überhaupt möglich und realistisch ist, mit ihnen (allen?) eine andere lebenswerte Perspektive aufzubauen. Einerseits ist es richtig, festzustellen, auch die Menschen in der Metropole werden ausgebeutet, um ihre Lebensperspektive betrogen etc. Natürlich können sie nicht „glücklich" werden im patriarchalen Kapitalismus (oder kapitalisti-

schen Patriarchat), das beweisen Alkoholismus und andere Drogensucht, Konsum wie destruktives Umgehen mit sich und mit anderen zu Genüge. Aber auch ein Kapitalist kann hierzulande nicht das „Glück" einer befreiten Gesellschaft finden — aber zu bedauern ist er deshalb nicht. Auch einem Macker mag es nicht gut gehen, aber er profitiert sehr real vom Patriarchat; und es gibt für ihn wenig Gründe, damit wirklich brechen zu wollen. Und ich denke, ein ähnliches Phänomen läßt sich bei den meisten BewohnerInnen dieser Top-Metropole Großdeutschland feststellen. So sehr sie etwas zu gewinnen hätten in einer befreiten Gesellschaft: sie haben mehr zu verlieren als ihre Ketten. Hier zu leben, ist angesichts der weltweiten Ausbeutungsverhältnisse ein Privileg, so beschissen es im konkreten auch immer sein mag. Ein Privileg, das es zu verteidigen gilt — wenn es sein muß, um jeden (rassistischen) Preis. Es ist *ein* Ausdruck der realen Lebenssituation *hier*, daß dieses Sein, dieses sehr widersprüchliche Sein das reale Metropolenbewußtsein prägt. Und es prägt durchaus auch das Bewußtsein derer, die dennoch den Aufbruch versuchen, den Bruch mit der alten Scheiße.

Es kann gar nicht anders sein.

Ich will nicht alles noch aufzählen, wie sich das konkret auswirkt: wer Augen hat zu sehen, sieht, wie es bei „uns" real zugeht. Das Konsumverhalten untereinander, die Kälte, die Warenbeziehungen . . . Alk, Depressionen, die Nischen. Wieviele Menschen sind in den letzten Jahren zu „uns" gekommen, wieviele wieder verschwunden, wieviele schlicht aus den Zusammenhängen herausgeflogen, weil sie den Ansprüchen nicht genügt haben. Wieviele Menschen waren dabei, die einfach daran kaputt gegangen sind, obwohl sie *ihren* Weg gehen wollten, die Alternative zum Bestehenden zu finden und zu leben? Ich denke, es fehlt in vielem eine Haltung, eben *nicht* andere daran zu messen, was sie leisten, sondern zu versuchen, gemeinsam und vorsichtig und ohne etwas einzufordern, was unrealistisch wäre, zu lernen, auf eigenen Füßen stehen zu können. Ansätze dazu gibt es, aber eben nur . . . Ansätze. Es ist einfach wichtig zu begreifen, daß „wir" derzeit weder die Alternative zum System leben noch sie überhaupt für irgendeineN erlebbar, „attraktiv" machen.

Mir ist dabei etwas aufgefallen, was ich vorläufig einmal als „selektive Wahrnehmung" bezeichnen möchte: Ich denke, daß es eine Anzahl Menschen hier gibt, die von sich sagen würden, ernsthaft daran zu arbeiten, daß sich diese Verhältnisse ändern (und sicher auch ernsthafter, als ich das im Moment zuwege bringe). Die davon ausgehen, daß sie sich wirklich ernsthaft darum bemühen, diese beschissenen Strukturen weder zuzulassen noch selbst zu reproduzieren. Die Initiativen ergreifen und intensiv mit anderen an konkreten Punkten zusammenarbeiten und sich dadurch auch eine Perspektive versuchen zu erarbeiten. Die sich an verschiedenen Brennpunkten organisieren. Aber die dabei oftmals nicht mehr sehen, was sie mit sich selbst und mit anderen, die vielleicht nicht mit derselben Klarheit und/oder Entschiedenheit an bestimmten Punkten „dran" sind, anstellen. Ich denke, daß wir uns — so ein unglaublicher Luxus das angesichts der Verhältnisse weltweit auch sein mag, aber es ist notwendig! — die Zeit und den Raum *nehmen* müssen, um die Art, wie unser Agieren *wirkt*, selbstkritisch zu reflektieren. Es nutzt keiner und niemandem etwas, wenn wir von uns ausgehen und sagen, wir *wollen* das Richtige — für uns und andere und miteinander; aber es wirkt sich im konkreten nicht so aus. Ich kenne einige Menschen, denen ich es unbesehen abnehme, daß sie niemanden vor den Kopf stoßen oder fertigmachen wollen, die es aber real und unreflektiert einfach tun. Es ist ein Problem. Und ich denke, es hängt ein Stück weit mit der gelebten Realität zusammen, daß die „Macht" einer/m so geballt entgegensteht, daß für einen Umgang miteinander, der wirklich Räume öffnet, zu wenig Platz und Geduld bleibt.

Überhaupt — was ist das: „wir"? Ich weiß es nicht. Ich schreibe davon, aber der Begriff ist dermaßen schwammig, daß er vielleicht besser nicht mehr benutzt werden sollte. Ich habe aber keine Alternative dafür, über „uns" anders zu schreiben. Es gibt nämlich so etwas wie kollektive Erfahrungen von- und miteinander. Es gibt gleiche Verhaltensweisen; Muster, die sich in jeder Stadt und in jeder Scene wiederfinden. Dieses „wir" ist ein Abstraktum, genau wie die beschriebenen Verhaltensweisen von der konkreten Situation abstrahieren; aber auch dieses Abstrakte ist auf seiner Ebene real. Ich will nämlich nicht sagen müssen: X in Stadt Y hat dies oder jenes Verhalten drauf und Z in A ebenso etc. Es sind keine Einzelfälle, die zufällig nebeneinander stehen — es ist die reale Misere. Und in gewisser Weise fühle ich dann so, als säße ich mitten zwischen allen Stühlen: einerseits die Misere mizutragen bzw. zu reproduzieren, andererseits zu versuchen, sie so zu analysieren, daß neuer Raum aufgemacht werden kann, um einen Schritt nach vorn gehen zu können. Ich bin genauso dieses „wir", wie ich es nicht bin — und ich glaube, daß es einigen so geht, daß sie sich in diesem Text wiederfinden und auch nicht. Ich hoffe, das war jetzt nicht zu philosophisch.

Um auf den Ablauf der Demonstration zurückzukommen:

Es wurden viele Redebeiträge gehalten oder Grußadressen vorgelesen — für wen? Ist es denn nicht so, daß wir einerseits uns das nur selbst vorlesen, was wir — wahrscheinlich ohnehin schon — alle wissen (oder wissen sollten), während alle „Unbeteiligten" außerhalb der Sperrgitter Sprache wie Inhalte als völlig fremdartig empfinden müssen? (Wobei ich jetzt nicht irgendeiner Art „Volkstümlichkeit" das Wort reden will.) Und daß andererseits eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Vorgetragenen weder stattfindet noch stattfinden kann. Wer kann denn das auch alles aufnehmen, während nebenbei noch der eine die andere mal wieder sieht? Du stehst da, und es rattern die Worte an dir vorbei.

Die Anzahl der Beiträge und das Spektrum ihrer VerfasserInnen drücken ja noch keine Kraft aus. Die Beiträge sind Ersatz für eine nicht vorhandene reale und daher auch handlungsfähige Breite einer Bewegung, die sich doch erst einmal finden muß. Es kommt mir so vor, als würden wir uns da eher etwas vormachen — eine Variante zur schon erwähnten Abschottung nach außen und Selbstbestätigung nach innen. Aber eben keine . . . Kraft. Ich kann es leider nicht so sehen wie ein Teil der Vorbereitungsgruppe: „Die Tatsache, daß etwa 2000 Menschen am 20.6. in Bonn demonstriert haben und viele Gruppen und Organisationen mit Grußbotschaften oder Redebeiträgen auf der Demo vertreten waren . . ., werten wir zu Recht als Erfolg."

Es geht darum, militanter zu werden, sich und die eigenen Lebensvorstellungen ausdrücken zu können. Wobei Militanz, richtig verstanden, etwas anderes meint als bloß „actions", nämlich eine Lebenshaltung. Vielleicht fühlen sich jetzt einige mit ihren Ansätzen und ihrer Praxis untergebügelt — aber ich stelle die Frage von einer grundsätzlich anderen Seite aus: Wäre es wirklich so, daß es mehr gibt als ein paar Ansätze und Menschen, die wirlich ernsthaft kämpfen, dann wäre die „revolutionäre Linke" ein ganz anderer Faktor, als sie es jetzt ist. Aber — wir können nur das ausdrücken, was wir sind. Nicht mehr, oft weniger. Wer unzufrieden mit den bestehenden Verhältnissen ist, muß nach Wegen zu ihrer Veränderung suchen. Nicht maulen, nicht von vornherein bei jeder Praxis es besser wissen. (Wobei vieles tatsächlich voraussehbar ist.) Also in den Spiegel ihrer/seiner selbst schauen und sich fragen, was könnte besser sein — für den Prozeß, also für sich selbst, für sich selbst, also für den Prozeß. „Guck in den Spiegel, dann sieht du ein revolutionäres Subjekt, oder du siehst keins." (Karl-Heinz Dellwo)

Somit ist die Absicht, die ich mit diesen Gedanken verfolge, alles andere als

zufällig: nämlich Strukturen, Denkweisen und eine gewisse vorherrschende Lebenspraxis in Frage zu stellen, um daraus zu einer grundsätzlich neuen Einstellung zu gelangen, um „das Projekt der sozialen Befreiung hier neu begründen" zu können. Ich will damit nicht behaupten, daß ich da so etwas wie den Durchblick hätte. Ich kann im Moment nicht mehr tun, als derartige Fragen zu stellen. Die Antworten ergeben sich aber nur durch die Praxis; also über den Versuch, all die beschriebenen Ungereimtheiten des eigenen Lebensstils illusionslos zu betrachten und nach Wegen zu suchen, es besser zu machen.

Und so ist es auch allgemein: Wir werden unsere Anliegen nur dann vermitteln können, nur dann zu einer realen politischen Kraft werden und uns durchsetzen können, wenn es uns gelingt, dieses Projekt der sozialen Befreiung hier neu zu begründen. Was wollen wir *für* uns und nicht nur *gegen* die Macht. Ich denke daher, es wird ein Prozeß von Jahren sein, von neuen Aufbrüchen und Reflexionen ..., also von Versuchen, die Alternative, die es noch nicht gibt, aufzubauen. Mir geht es hierbei darum, nicht wieder hinter bereits Erkanntes (und die ganzen Kritikpunkte sind ja sicher alle schon einmal benannt worden!) zurückzufallen. Der Realität ins Auge sehen und in jeder konkreten Handlung auch das konkret Bessere suchen und zu finden versuchen. In jedem Lebensbereich, überall, 24 Stunden am Tag. Die Widersprüche in sich selbst und außerhalb erkennen, um sie zu verändern, langsam, zäh, geduldig ..., eben nicht mehr loslassen.

Gisela Dutzi sagt in einem in der *Clockwork* 29/30 abgedruckten Gespräch u.a.: „wir haben 89 im hungerstreik schon angefangen, praktisch eine stärkere gesellschaftliche ausweitung zu versuchen. das hat natürlich eine bedeutung für hier draußen — also nicht einfach in dem gegensatz von breite und militanz, der ja an sich inhaltslos ist, sondern es hat eine bedeutung dafür: wie kann hier ein umwälzungsprozeß weitergehen. hier müssen neue formen entsprechend den inhalten gefunden werden. neue formen wären für mich z.b.: versammlungen in den städten zu initiieren, versammlungen, wo sowohl revolutionäre linke als auch andere gesellschaftliche gruppen vertreten sind, deren anliegen im weitesten sinne darin bestehen, veränderungen hier im land zu erkämpfen. (...) bei diesem gedanken ‚versammlungen' geht es mir darum, demokratie von unten, strukturen von unten aufzubauen, in denen sich die soziale und politische realität bewußt angeeignet wird — um sie zu verändern."

Ich will nicht dagegen reden. Ich will nur zu bedenken geben, daß die gesellschaftliche Realität hierzulande dermaßen widersprüchlich ist, daß mir unklar ist, wer das Subjekt von Gisels Gedanken sein kann. Es gibt den realen Widerspruch zwischen einer immer noch vorhandenen Linken, die weitestgehend isoliert ist vom Rest der Bevölkerung, und allen anderen Menschen, deren Ziel es auch sein *könnte*, ihre Lebenssituation nicht auf Kosten anderer Menschen zu verbessern oder zu halten, sondern im Kampf für besseres Leben für alle Menschen. Ich sehe nur zwei Möglichkeiten, die erst einmal nicht weiterführen: entweder wird bloß der Kreis derjenigen erweitert, die ohnehin auf die diversen Plena, Treffen, Versammlungen, Veranstaltungen kommen, aber es entsteht nichts Neues. Oder es wird der Versuch unternommen, quasi blind „ins Volk" zu gehen. Vielleicht verstehe ich Gisel auch falsch. Ich *vermute* (und ich sage das hier ausdrücklich so, weil ich Gisel nicht habe fragen können, ob sie es wirklich so meint) aber, daß Erfahrungen aus revolutionären Prozessen in Lateinamerika, wo es die Verbindungen zwischen revolutionärer Linker und dem „Volk" gibt, zu unreflektiert auf die hiesigen Verhältnisse übertragen werden. Das, was es in Lateinamerika einfach gibt: die Verbundenheit von Linken/Revolutionären mit dem Volk, ist hier einfach nicht vorhanden. Eine politische Kultur, wie sie dort existiert, muß hier erst noch geschaffen werden. Das scheint mir aber nur dadurch zu gehen, daß wir die Alternative zum System ... *leben*. Da gibt es kein eindimensionales Rezept, aber in allem muß einfach spürbar sein, daß das, was wir sind und was wir wollen, wirklich etwas anderes ist als die verlogene Lebensführung im Widerspruch zwischen Ansprüchen und gelebter Realität.

Das geht nicht von heute auf morgen. Und wenn wir uns ehrlich selbst gegenüber sind, erleben wir in uns selbst diesen täglich gelebten Widerspruch. Es kann nur im gemeinsamen Prozeß darum gehen, diesen Widerspruch aufzulösen, was allerdings andere Kommunikations- und Umgangsformen miteinander erfordert. Und Ruhe. Und Zeit. Und Raum in unserem Denken und Handeln.

Anfang Oktober 1992, Walter (Darmstadt)

Literaturverweise
— Gisela Dutzi/Mathias Meyers, Vorschläge für unsere Arbeit, in: *Clockwork 29/30*, 31.7.92, S. 3-5
— Wie weiter mit der Freiheitsinitiative? In: *Angehörigen Info 102*, 24.9.92, S. 3-4
— Wir stehen vor einem Scherbenhaufen. Das ist unsere Chance. In: *Interim 107*, 21.6. 0, S. 28-30

Erklärung des Vorstandes der Theater- und Folkloreunion

Angriff des türkischen und deutschen Geheimdienstes auf Frankfurter Folklore-Verein

Unser Verein, die Theater- und Folkloreunion, wurde in der Nacht von Samstag auf Sonntag (26./27.12.92) um ca. 22 Uhr von vier bewaffneten Personen überfallen. Die Angreifer drangen in unseren Versammlungsraum ein. Dabei wurde die Haupteingangstür beschädigt. Während des Überfalls war nur eine Person, ein Freund von uns, anwesend. Die Muttersprache der Angreifer war türkisch. *(Nach einer Presseerklärung des Informationszentrums für Freie Völker vom 29.12.92 handelte es sich bei den vier*

„Wir müssen die neue Perspektive selbst sein, anstatt immer nur andere Perspektiven darzustellen."
Hüseyin Celebi

Hüseyin Celebi
1967 - 1992

Unser Freund und Genosse Hüseyin hat hier jahrelang für den Nationalen Befreiungskampf Kurdistans gearbeitet. Dafür wurde er von der deutschen Justiz verfolgt, saß zwei Jahre im Gefängnis und wurde im Düsseldorfer Kurdenprozeß angeklagt. Im letzten Jahr ging er nach Kurdistan, um dort in der Guerilla zu kämpfen. Bei den Angriffen der mit deutschen Waffen ausgerüsteten türkischen Armee und ihrer Handlanger gegen die PKK-Lager in Südkurdistan fiel er Anfang Oktober.

Wir werden Hüseyin und alle anderen Kurdinnen und Kurden, die im Kampf für ein unabhängiges Kurdistan starben, nicht vergessen.

Die Kurdistan-Solidaritätsgruppen in der BRD

bewaffneten Männern um zwei Deutsche und zwei Türken — d. Red.) Sie stellten folgende Fragen:

„Was machst du hier?" „Mit was beschäftigst du dich hier?" „Auf wen wartest du ?" „Wer ist der Verantwortliche hier?" „Wer ist euer Führer?"

Diese Fragen beantwortete unser Freund nicht. Daraufhin zogen zwei der Angreifer Schußwaffen und richteten diese auf seinen Kopf, mit der Forderung, daß er seinen Ausweis zeigt. Unser Freund reagierte nicht auf ihre Forderung. Daraufhin schlugen sie auf ihn ein, verletzten ihn schwer. Er erlitt u. a. eine Platzwunde im Gesicht und eine Hüftprellung. Nun durchsuchten sie ihn, nahmen seinen Ausweis und notierten sich seinen Namen. Danach rissen sie Bilder von der Wand, drangen in alle Büroräume ein und durchsuchten diese. Bei einer verschlossenen Tür, von der sie den Schlüssel von unserem Freund verlangt hatten, aber nicht bekamen, zertrümmerten sie die Türscheibe mit einem Stuhl. In diesem Zustand hinterließen sie die Vereinsräume.

Solche Angriffe auf demokratische Organisationen und Vereine sind nicht neu. In unserem Land, der Türkei und Kurdistan, gab es schon mehrmals Überfälle auf TAYAD (Verein der Angehörigen zur Unterstützung der politischen Gefangenen). Auf die Räume der TAYAD wurde auch ein Brandanschlag verübt. Nach wiederholten Bedrohungen wurde der Verein TAYAD und später ÖZGÜR-DER (Verein für Freiheit und Menschenrechte) und dessen Zweigstellen von der türkischen Polizei überfallen. Materialien wurden zerstört und beschlagnahmt. Zuletzt wurden diese Vereine verboten.

Solche systematischen Angriffe wurden auch auf andere demokratische Organisationen (u. a. Gewerkschaften) und deren Vorstände durchgeführt und bis heute fortgesetzt. Diese Angriffe wurden von offiziellen Sicherheitskräften (Polizei) und Konterguerilla (Militär) ausgeführt. Parallel zu diesen Angriffen in der Türkei wird hier in der Bundesrepublik Deutschland gegen demokratische Organisationen, wie z. B. vor ca. vier Wochen in Köln auf das Zentrum für Freie Völker, und in München gegen Wohnungen *(in Bayern fanden Durchsuchungen von insgesamt 21 Privatwohnungen statt — d. Red.)* vorgegangen: von türkischer und deutscher Polizei durchsucht und Materialien beschlagnahmt.

Die Absichten und Ziele dieser Aktionen sind klar: Sie wollen alle demokratischen Organisationen, die solidarisch mit dem demokratischen Kampf in der Türkei und Kurdistan sind, einschüchtern und deren Arbeit verhindern.

Wir sind entschlossen, die Methoden der Sicherheitskräfte und Konterguerilla zu bekämpfen. Wir werden diese Angriffe nicht stillschweigend hinnehmen. Wir lassen es nicht zu, daß diese Angriffe auf uns verharmlost werden.

Wir rufen alle demokratischen Organisationen und Kräfte zur Solidarität auf, um den Kampf für die legitimen und demokratischen Forderungen auf einer breiteren Ebene fortzusetzen.

Vorstand der Theater- und Folkloreunion, Heddernheimer Landstr. 155, Weißes Haus, 6000 Frankfurt

In einer diesbezüglichen Presseerklärung schreibt das Informationszentrum für Freie Völker, Köln, u. a.: Für die Türkei, die mehr denn je darauf aus ist, in Europa endlich die Anerkennung eines „demokratischen Landes" zu bekommen, werden fortschrittliche und demokratische Institutionen und Informationszentren, die sich im Ausland befinden und Massaker, Folter und die Doppelmoral der türkischen Regierung aufdecken, immer mehr zum Angriffsziel. Die Methoden des schmutzigen Krieges und jegliche Angriffe auf fortschrittliche und demokratische Institutionen werden den Kampf der Völker gegen Faschismus und Staatsterror nicht aufhalten können.

Wir fordern Sie auf, Protestbriefe zu schicken an: Bundesminister des Innern, Graurheindorfer Str. 198, 53 Bonn 1.

Wiesbadener Antifaschist verhaftet

Wiesbaden, 8. 1. 93

Am Mittwoch, den 6. 1. 1993, wurde gegen 19.30 Uhr ein Treffen von Faschisten in Mainz angegriffen. Dabei wurden zwei Autos der Nazis demoliert und einige Nazis verletzt. Bei den Faschisten handelte es sich um Anhänger der „Deutschen Alternative". Während die Polizei das Treffen einer immerhin verbotenen Naziorganisation duldete bzw. ignorierte, wandte sie einige Energie auf, noch Stunden später Straßensperren in Mainz und Umgebung zu errichten auf der Suche nach vermeintlichen AntifaschistInnen. Gegen 23 Uhr, also dreieinhalb Stunden später, fuhr ein Wiesbadener Antifaschist in eine solche Straßensperre auf der Schiersteiner Brücke. Er wurde sofort unter dem Vorwand des schweren Landfriedensbruches festgenommen. Sein Auto und seine Kleidung wurden beschlagnahmt. Unser Genosse wurde ins Polizeipräsidium Mainz verfrachtet und am nächsten Vormittag dem Haftrichter vorgeführt. Richter Pohlen, bekannt als Hardliner gegen Linke, Hausbesetzer etc., ordnete Untersuchungshaft an. In seiner Begründung machte er nicht einmal den Versuch, einen Zusammenhang zwischen Festnahme und Tatvorwurf herzustellen. Die einzige Begründung war formaljuristisch Verdunkelungs- und Fluchtgefahr.

Der Polizeieinsatz und das gesamte Konstrukt gegen unseren Genossen stehen unter der Regie der Staatsschutz- und Terrorismusabteilung der Mainzer Polizei. Für uns zeigt sich einmal mehr, daß das staatliche Gerede vom „Durchgreifen gegen Rechts" pure Heuchelei ist. Politiker, Richter und Polizeifunktionäre versuchen sich durch Sonntagsreden in den Medien als Speerspitze einer antifaschistischen Bewegung darzustellen. Ihre Praxis sieht anders aus. Sie sind nicht willens, Flüchtlinge und AusländerInnen vor faschistischen Überfällen und Pogromen zu schützen oder Naziaufmärsche und Versammlungen zu verhindern. Sobald aber antifaschistische Aktionen den Symbolcharakter (Lichterketten) verlassen, sobald AntifaschistInnen zur Gegenwehr übergehen, setzen sie ihren gesamten Repressionsapparat in Bewegung. Ein konkreter antifaschistischer Widerstand wird sich immer auch gegen diesen Apparat durchsetzen müssen.

Wir fordern die sofortige Freilassung unseres Genossen und die sofortige Einstellung aller Ermittlungsverfahren gegen AntifaschistInnen.

Infoladen, Werderstr. 8, 6200 Wiesbaden

Beide Berliner Antifaschisten wieder frei

Im letzten *Angehörigen Info* berichteten wir, daß Wulf am 28. 12. aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, jedoch Bernd, ein anderer Antifaschist, der schon am 9. 11. verhaftet wurde, weiterhin im Knast bleiben müsse. Nun haben wir jedoch erfahren, daß auch er am selben Tag, zwei Stunden nach Wulf, aus der U-Haft rauskam. (d. Red.)

Zweiter Münchner Antifaschist verurteilt

Nach der Verurteilung des Antifaschisten Roland am 1. 12. zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen zu 10 DM (siehe *Angehörigen Info* 107 und 108), ist nun auch Michael am 15. 12. zu einer Geldstrafe in derselben Höhe verurteilt worden. Staatsanwaltschaft und Verteidigung sind mittlerweile in Berufung gegangen.

Die beiden Antifaschisten sollen an einer Aktion am 18. September 1992 in München beteiligt gewesen sein, bei der einem Faschisten eine Jacke mit faschistischen Aufnähern abgenommen wurde. Fast zwei Monate lang saßen die beiden vor dem Prozeß in Untersuchungshaft. (d. Red.)

Belfast: Loyalistischer Raketenangriff auf republikanische U-Haft-Gefangene

Nach dem loyalistischen Raketenangriff auf den Crumlin Road Knast in Belfast am vergangenen Sonntag (12. 12. 92; Anm. d. Ü.) haben die republikanischen Gefangenen mit einer Erklärung geantwortet, die ihre Situation ausführlich beschreibt. Die Gefangenen hoben die andauernden Spannungen in den Untersuchungshaftflügeln hervor, die die Nordirlandadministration (NIO) bei ihren Versuchen, die Situation dort als normal darzustellen, konsequent ignoriert.

Die loyalistische Rakete wurde aus einem Auto heraus in der Queensland Street, genau gegenüber der Crumlin Road, abgefeuert. Es wird angenommen, daß die verwendete Rakete eine russische RPG-7 war, welche aus einer Ladung stammt, die die südafrikanische Regierung geliefert hatte. Das bei dem Angriff benutzte Auto war in der nahen Malvern Street, die von der Shankill Road abgeht, gestohlen worden und kurze Zeit nach dem Angriff am Crimea Close, der auch von der Shankill Road abgeht, gefunden worden.

Der Angriff, der kurz nach 18 Uhr stattfand, richtete sich auf republikanische Gefangene in einem Essensraum des A-Flügels. Niemand wurde verletzt, als die Rakete eine Abdeckplatte traf und abdriftete, dabei zerstörte sie Teile des Knastdaches.

Später übernahm eine loyalistische Tarngruppe die Verantwortung für den Angriff, die sich selber Combined Loyalist Military Command nennt. Sie erklärte, ihr Ziel seien die 47 republikanischen Gefangenen im Essensraum Nr. 3 des A-Flügels gewesen. Direkt nach dem Angriff wurden alle Gefangenen des Knastes angewiesen, in ihre Zellen zurückzukehren.

Ein Sprecher aller republikanischen Gefangenen im Crumlin Road Knast erklärte, daß es erneut eines gewaltsamen Vorfalls bedurfte, um die Aufmerksamkeit auf die Situation in den Untersuchungshaftflügeln des Knastes zu richten. Der Sprecher wies darauf hin, daß der britische Minister Mayhew, der dem Knast letzte Woche einen spontanen Besuch abstattete, zufrieden damit ist, die Haftbedingungen im Knast aus der relativen Sicherheit seines Stormont Castles (Sitz der Nordirlandadministration; Anm. d. Ü.) lenken zu können. Mayhew und seine britischen Ministerkollegen haben keine Ahnung oder Verständnis von und für die Lebensrealitäten auf den Knastkorridoren.

Die von den Gefangenen geforderte Trennung, die außerhalb des Knastes harte Tatsache und in den H-Blocks von Long Kesh die Regel ist, wird ohne vernünftigen Grund verweigert. Sogar die Gefängniswärter selbst sind von der Nutzlosigkeit und Gefahr der von der Nordirlandadministration betriebenen Politik der zwangsweisen Integration desillusioniert.

Jüngste Vorfälle im Knast umfassen gewalttätige körperliche Angriffe (bei einer Attacke wurden einem republikanischen Gefangenen Teile seines Ohres abgebissen!), einen Aufstand von Loyalisten, die Entdeckung selbstgebauter Waffen in den loyalistischen Zellen des B-Flügels und einen Versuch, einen republikanischen Gefangenen samt seinem Anwalt im Besuchsbereich des Knastes anzugreifen.

All diese Vorfälle, einschließlich des jüngsten loyalistischen Raketenangriffs, hätten ernsthafte Fragen ausgelöst, hätten sie in irgendeinem anderen europäischen Land stattgefunden.

Weil aber die koloniale Regierung des NIO in den Sechs Grafschaften eine Politik des „Normalzustands" in Crumlin Road betreibt, weigert es sich, die gerechten und praktikablen Forderungen der Gefangenen anzuerkennen.

Seit der Veröffentlichung des Colville-Berichts ist die Skala der Opposition gegen die Weigerung des NIO, republikanische und loyalistische U-Haft-Gefangene voneinander zu trennen oder zu isolieren, gewachsen. Eine Linie mit dieser anwachsenden Unterstützung für die Gefangenen bildet die Erkenntnis, daß die Keime fortdauernder Umwälzung und Unruhe gesät wurden.

In: *An Phoblacht/Republican News*, 17. 12. 92, S. 6 (Übersetzung: Palästinagruppe Westberlin)

USA: Dringender Appell für Norma Jean Croy

Als Beispiele politischer und rassistischer Justiz in den USA haben Dhoruba Bin Wahad, Mumia Abu Jamal und Leonard Peltier in den letzten Jahren in der BRD Unterstützung gefunden. Kaum bekannt hingegen ist die Geschichte von Norma Jean Croy, einer Shasta Native Frau, die seit 14 Jahren wegen Mordes an einem weißen Polizisten im Knast sitzt: „Ich gehöre hier nicht hin", sagte sie in einem Interview 1990, „ich habe einen Verkäufer angegriffen, aber für Mord ... gehöre ich nicht hierher."

Nach Hunderten von Jahren des Völkermords und Rassismus' wuchs Norma wie fast alle Native Americans unter ständiger rassistischer Bedrohung auf — von weißen Kindern und Lehrern in der Schule; von Polizisten, die verprügelten und inhaftierten; im Klima von „Indianerjagden", während derer Native People hinterrücks erschossen wurden; von Richtern, die Native Americans nichts und europäischen SiedlerInnen alles glauben ...

In einer Nacht im Juli 1978 wollte Norma zusammen mit ihrem Bruder und drei weiteren Verwandten beim Haus ihrer Großmutter zur Jagd gehen, ein üblicher Brauch der Native People dort, der der Ernährung dient. Unterwegs kauften sie in einem Laden Bier, wo es zu einer Auseinandersetzung mit dem Verkäufer kam, der einen Streifenwagen rief. Eine Verfolgungsjagd begann, während der 16 Polizeiautos und 27 Polizisten mit halbautomatischen Waffen das Haus der Großmutter umstellten. Norma, ihr Bruder Hooty und die anderen versuchten zu fliehen. Sie wollten sich nicht ergeben, weil sie aus Erfahrung wußten, daß das Prügel und Knast für sie bedeutet hätte.

Die Polizisten eröffneten das Feuer und verletzten alle, Norma, Hooty und einen Cousin, durch Schüsse in den Rücken. Hooty, der das Jagdgewehr — einzige Waffe, die sie hatten — mit sich trug, wurde von einem betrunkenen Polizeioffizier angeschossen, der außer Dienst war, sich aber an der Hetzjagd beteiligte. Er schoß zurück und tötete ihn.

Sowohl Norma als auch ihr Bruder haben heute noch die Kugeln im Körper. Norma kann nicht operiert werden, weil bei ihr das Geschoß in der Nähe des Rückenmarks sitzt. Es besteht die ständige Gefahr, daß die Kugel wandert und Norma gelähmt wird.

Hooty wurde zum Tode, Norma wegen Verschwörung und Mordes zu lebenslänglicher Haft verurteilt, obwohl sie das Gewehr noch nicht einmal in der Hand hatte.

In Hootys Berufungsprozeß, der 1990 im liberaleren San Francisco stattfand, zeigte die Verteidigung den rassistischen Hintergrund des Schußwechsels auf, und Hooty wurde wegen Selbstverteidigung freigesprochen. Der Richter in diesem Prozeß sagte, daß ausgehend von den Fakten Norma freigelassen werden sollte. Kommentar eines früheren Polizeioffiziers in Normas Heimatregion, wo all ihre Prozesse bisher stattfanden, war, daß das Gericht in San Francisco „ein Haufen blutender Herzen Liberaler" sei und daß er wütend darüber war, daß Hootys Verhandlung

dorthin verlegt worden war.

Hootys Freispruch hatte keinen Einfluß auf die mittlerweile fünf Berufungsverhandlungen von Norma. In der letzten im August 1992 interessierte die Richter lediglich, daß Norma Alkoholikerin und selbstmordgefährdet war, weswegen auch ihr Kind von ihr weggenommen wurde, und daß sie eine „Gefährdung der Öffentlichkeit" sei, wenn sie freigelassen würde. Norma hat einen ungebrochenen Widerstandsgeist, und die Gefängnisbehörde bescheinigt ihr Widerspenstigkeit. Norma und einige andere Native Americans kommentierten ihre Geschichte so, daß sie solches gewohnt seien und weitaus schlimmere Beispiele kennen.

Bevor Hooty freikam, wurde Normas Situation kaum Aufmerksamkeit geschenkt — Produkt des Sexismus' und des Rassismus', der jeden Aspekt des Lebens in den USA bestimmt, so UnterstützerInnen in einem Flugblatt.

Nach der Freilassung ihres Bruders wurde in San Francisco das „Norma Jean Croy Defense Committee" (NJCDF) gegründet. Auch wenn Norma eine sog. „soziale Gefangene" ist, liegt der politische Charakter ihrer Geschichte klar auf der Hand: die UnterstützerInnen, zum größten Teil euroamerikanische und Native Frauen, sehen Normas Geschichte als ein Beispiel rassistischer Justiz und insgesamt als einen politisch wichtigen Prozeß — exemplarisch für eine auf 500 Jahren europäischen Kolonialismus' aufgebaute Gesellschaft weißer Vorherrschaft. Hinzu kommt, daß Norma auch als Lesbe in einer männerdominierten und homosexuellenfeindlichen Gesellschaft diskriminiert wird. In letzter Zeit haben auch Schwule und Lesben in San Francisco angefangen, Norma zu unterstützen und ihre Freilassung durchzusetzen.

Einige Native Americans vom American Indian Movement haben die Einschätzung, daß eine positive Entscheidung für einen neuen Prozeß von Leonard Peltier, die demnächst erwartet wird, auch Normas Fall beeinflussen wird.

Norma und ihre UnterstützerInnen sehen öffentlichen Druck als einzige Möglichkeit dafür, die Justiz zu bewegen, Norma freizulassen. Ein kleiner Teil dieser Arbeit ist eine Petition an den „Board of Prison Terms", der darüber entscheidet, ob Normas Appell an den „Federal Court", das Bundesgericht, übergeben wird oder nicht, ob sie also einen neuen Prozeß bekommt oder nicht.

Das NJCDF wendet sich nun auch an internationale Öffentlichkeit und bittet um Unterzeichnung der Petition so schnell wie möglich, da diese Entscheidung im Januar 1993 erwartet wird. Die Petition und weitere Information könnt Ihr bekommen über USA-AG, Infoladen, Werderstr. 8, 6200 Wiesbaden, Tel.: (0611) 440664, Fax: (0611) 302083, oder: NJCDF, 473 Jackson Street, 3rd Floor, San Francisco, CA 94111.

Wer Norma schreiben will: Norma Jean Croy, 14293, Central California Women's Prison, Box 1508, Chowchella, CA 93610.

Termine

Hamburg. 14.1., 19 Uhr, Hauptgebäude der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee, Hörsaal M, Veranstaltung „Freispruch für Ralf und Knud!".

Düsseldorf. 17.1., 15 Uhr, Red House, Kiefernstr. 35a, Veranstaltung mit Dias und Berichten „USA — Hope in the crisis, Hoffnung in der Krise": José Lopez wird über das Leben in schwarzen Stadtteilen wie der Bronx in New York oder in puertoricanischen Stadtteilen wie in West Town, Chicago, erzählen, aber auch über Selbsthilfegruppen, Widerstand, eigene Schulen, eigene Gesundheitsarbeit usw. und über politische Gefangene in den USA.

Hamburg. 20.1., 19.30 Uhr, Café Frau Döse, Bartelsstr. 10, Info-Café-Abend-Diskussion „1992, die KGT-Initiative und wir": „Wir wollen in einer Art Rückblick über das letzte Jahr Diskussion und Arbeit zu politischen Gefangenen reden. Genauer gesagt über die „Kinkel"-KGT-Initiative: über die Ziele des Staates und über unsere Reaktion in Form von Hoffnungen und Irrwegen. Wir denken inzwischen, daß die KGT-Initiative auf der Grundlage unserer politischen Schwäche hauptsächlich verwirren und spalten wollte und daß sie das auch geschafft haben. Unsere Hoffnungen, da was Wesentliches für die Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand rausholen zu können, waren blauäugig. Manchmal entstanden aus den Hoffnungen fast versöhnliche Blicke auf den Staat und noch mehr Abgrenzungen unter uns. Das ist typisch für eine Situation von politischen Neuorientierungen, aber wir hätten es gerne anders. Wir wollen durch eine rückblikkende Diskussion Kontroversen offen und diskutierbar machen."

Hamburg. 29.1., 18.30 Uhr, Gemeindehaus, Schloßstr. 78, Wandsbeker Markt, Veranstaltung für die Freiheit der politischen Gefangenen.

Prozeßtermine

Prozeß gegen Ralf und Knud

Die nächsten Termine im Prozeß gegen Ralf Gauger und Knud Andresen vor dem Landgericht in Itzehoe sind am 21.1., 25.1.; 1.2., 4.2., 8.2., 15.2., 18.2., 22.2.; 1.3., jeweils um 9.30 Uhr. (Ab 21.1. wird nochmals ein Genosse vorgeladen, und das Gericht wird zu den Beweisanträgen der Verteidigung vom 14.12. Stellung nehmen.) Treffpunkt in Hamburg ist um 8 Uhr an der Sternschanze (Autos mitbringen!).

Während der Prozeßtage gibt es einen ständigen Anlaufpunkt in Itzehoe: bistro am Stadtpark (gegenüber dem Polizeihochhaus).

Kontaktadresse der Solidaritätsgruppe Ralf und Knud: c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 446095, Fax: (040) 4108122.

Impressum

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/M. 80. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Schleswig-Holstein/Hamburg m.b.H., Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76. V.i.S.d.P.: Jeannette Hülbig. **Redaktionsanschrift und Bestellungen:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278, Fax: (040) 2297419. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, ein Halbjahresförderabonnement 39 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Konto-Nr. 1330/110055. — Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 10010010, Kt.-Nr. 4486 30-102.

Das Plakat „Freiheit für alle politischen Gefangenen" ist wieder erhältlich — ohne den Demoaufdruck vom 20.6.92. Es kann bezogen werden über die Redaktionsanschrift (siehe Impressum). Bis 5 Stück kostet es je 2 DM, ab 5 bis 10 Stück 1.50 DM und ab 10 Stück je 1 DM, alles zuzüglich Portokosten.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: 22.1.1993